

Der entfesselte Bär: Russlands Warnung, die Versprechen der NATO und die gefährliche Selbstgefälligkeit des Westens

Der Bär wurde provoziert und hat wiederholt und unmissverständlich gewarnt, was er tun wird, sollten die Provokationen anhalten.



23. April 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Die Warnung

Die Veröffentlichung einer Liste europäischer Drohnenproduktionsstätten durch das russische Verteidigungsministerium stellt eine qualitative Wende in Moskaus Informationsstrategie dar. Im Gegensatz zu allgemeinen Drohungen, die sich gegen ungenannte Gegner richteten, wurden bei diesem Schritt Anlagen in bestimmten Ländern – darunter auch einige an der Ostflanke der NATO – namentlich genannt und deren Aktivitäten als direkte Beteiligung am Konflikt in der Ukraine dargestellt. Nach der russischen Militärdoktrin kann eine solche Beteiligung von Drittstaaten unter bestimmten Auslegungsweisen einen Grund für Vergeltungsmaßnahmen darstellen.

Die Liste umfasste Standorte in Litauen, Lettland, Polen und mehreren westeuropäischen Ländern. Die Entscheidung, diese Anlagen öffentlich zu machen, anstatt sie lediglich zu überwachen, deutet auf ein bewusstes Eskalationssignal hin: Russland demonstriert sowohl seine Überwachungsfähigkeiten als auch seine Bereitschaft, Angriffe auf NATO-Gebiet in Betracht zu ziehen, sollte es die politischen Kosten dafür für akzeptabel halten. Ob dies eine glaubwürdige Drohung oder psychologische Kriegsführung darstellt, ist genau die Frage, mit der sich die Planer der NATO nun ernsthaft auseinandersetzen müssen.

Was diesen Moment besonders brisant macht, ist der größere Zusammenhang mit den russischen Angriffen auf die Infrastruktur der ukrainischen Verteidigungsindustrie. Moskau hat sowohl den Willen als auch die technischen Mittel unter Beweis gestellt, Präzisionsschläge über große Entfernungen tief in feindliches Gebiet durchzuführen. Die Frage ist nicht mehr, ob Russland diese Ziele treffen kann – sondern ob die Abschreckungsposition der NATO stark genug ist, um es davon abzuhalten.

Artikel 5 – eine Garantie oder ein frommer Wunsch?

Artikel 5 des Nordatlantikvertrags ist der Eckpfeiler der kollektiven Verteidigung. Er besagt, dass ein bewaffneter Angriff gegen ein Mitglied als Angriff gegen alle gilt. Bei genauerer Betrachtung ist der Artikel jedoch weit weniger absolut, als sein Ruf vermuten lässt. Er verpflichtet kein Mitglied, in den Krieg zu ziehen; er verlangt lediglich von jedem, „die Maßnahmen zu ergreifen, die es für notwendig erachtet“, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt.

Im Falle eines russischen Angriffs auf einen baltischen Staat – beispielsweise Litauen oder Lettland – wäre die unmittelbare Frage nicht, ob Artikel 5 greift, sondern wie schnell und entschlossen er geltend gemacht würde und von wem. Die historischen Präzedenzfälle bieten wenig Trost. Als Russland 2014 die Krim annektierte, fiel die Reaktion der NATO zurückhaltend aus und ließ auf sich warten. Als russische Truppen 2008 in Georgien einmarschierten, gab es keinerlei kollektive militärische Reaktion, trotz der rhetorischen Unterstützung des Westens für Tiflis.



Die baltischen Staaten weisen eine besondere Verwundbarkeit auf. Sie haben keine Landgrenze zum Hauptgebiet der NATO, außer über die Suwalki-Lücke – einen etwa 100 Kilometer langen Korridor zwischen Weißrussland und Kaliningrad, den russische Strategen seit langem als potenziellen Engpass identifiziert haben. Eine schnelle russische Operation zur Unterbrechung dieses Korridors würde die NATO vor vollendete Tatsachen stellen, noch bevor die Konsultationen gemäß Artikel 5 überhaupt abgeschlossen wären. Die rechtliche Frage, ob

der Artikel Anwendung findet, würde durch die Fakten vor Ort hinfällig werden.

Hinzu kommt die Frage der Verhältnismäßigkeit und des Eskalationsmanagements. Ein russischer Marschflugkörperangriff auf eine Drohnenfabrik in Riga ist nicht dasselbe wie eine Bodeninvasion. Die NATO-Mitglieder würden unter enormen Druck geraten, darauf zu reagieren, doch Art und Umfang dieser Reaktion würden intern heftig umstritten sein. Einige Mitglieder würden zur Zurückhaltung raten, um eine Eskalation zu einem direkten Konflikt mit einer Atommacht zu vermeiden. Andere würden eine entschlossene militärische Reaktion fordern. Die konsensbasierte Entscheidungsfindung des Bündnisses, seine größte Stärke in Friedenszeiten, wird in Krisenzeiten zu seiner größten Schwäche.

Die Lehren aus dem Iran und die Warnung, die niemand beachtet hat

Im April 2024¹ startete der Iran einen beispiellosen direkten Vergeltungsschlag auf israelisches Gebiet: Über 300 Drohnen und ballistische Raketen wurden von iranischem Boden aus abgefeuert. Der

1 Am 19. April 2024 bombardierte Israel die Luftabwehranlage von Natanz (Nuklearanlage) im Iran.

Angriff wurde durch eine koordinierte Aktion unter Beteiligung Israels, der USA, Jordaniens, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs mit bemerkenswerter Effizienz abgewehrt. In den westlichen Medien wurde dies als Triumph der verbündeten Luftabwehr dargestellt.

Für Russlands Strategen bot diese Episode jedoch eine andere Lehre. Der Beitrag der europäischen NATO-Mitglieder zur Abwehr war bescheiden. Ihre Luftabwehrbestände, die durch Lieferungen an die Ukraine bereits stark beansprucht waren, erwiesen sich als begrenzt. Noch wichtiger war, dass der politische Wille zu einem direkten Engagement – zur physischen Beteiligung am Abschuss von Waffen, die von einem staatlichen Akteur abgefeuert wurden – selbst unter den Kernmitgliedern der NATO bei weitem nicht allgemein vorhanden war. Mehrere europäische Regierungen lehnten eine Beteiligung ab und begründeten dies mit der Befürchtung einer regionalen Eskalation.

Wenn Russland beobachtet, dass seine europäischen Gegner selbst auf iranische ‚Provokationen‘, die sich gegen einen Nicht-NATO-Partner richteten, nur schwer eine schlüssige Reaktion hinbekamen, könnte es zu dem vernünftigen Schluss kommen, dass die europäische NATO ohne amerikanische Führung ein weitaus weniger ernstzunehmender Gegner ist, als ihre offiziellen Truppenstärken vermuten lassen. Diese Einschätzung – dass sowohl die militärischen Kapazitäten als auch der politische Wille Europas überschätzt werden – könnte Moskaus Hemmschwelle für das Eingehen von Risiken in seinem wahrgenommenen strategischen Interessensbereich senken.

Am 17. Dezember 2021 veröffentlichte das russische Außenministerium zwei Vertragsentwürfe – einen mit den USA und einen mit der NATO – und forderte deren Unterzeichnung innerhalb weniger Wochen. Die Dokumente zeichneten sich durch ihre Direktheit aus. Russland forderte einen Stopp der NATO-Osterweiterung, den Abzug von Bündnistruppen und Waffen aus Staaten, die nach 1997 beigetreten waren, sowie rechtlich bindende Garantien, dass die NATO keine Angriffssysteme an den Grenzen Russlands stationieren würde.

Putin untermauerte diese Forderungen mit ausdrücklichen Warnungen. Er sprach von der Notwendigkeit militärisch-technischer Maßnahmen, sollte der Westen seine „aggressive Linie“ fortsetzen. Er bezeichnete die Aufstockung von US-amerikanischen und NATO-Militärverbänden in der Nähe der russischen Grenzen sowie die Durchführung groß angelegter Manöver als ernsthafte Bedrohungen für die Sicherheit Russlands. Er äußerte sich unmissverständlich: Sollte westliches Raketenwaffenarsenal in den Nachbarländern Russlands stationiert werden, würde dies eine inakzeptable Provokation darstellen, die eine Reaktion erfordern würde.

Die Reaktion des Westens war rückblickend in ihrer Selbstgefälligkeit außergewöhnlich. Hochrangige Beamte taten die Forderungen als aussichtslos ab. Einige bezeichneten sie als zynische Propaganda. Nur wenige nahmen die Möglichkeit ernst, dass Moskau tatsächlich bereit war, militärisch zu handeln, sollten seine Bedenken nicht berücksichtigt werden. Innerhalb von zehn Wochen waren russische Truppen in die Ukraine einmarschiert.

Die Tatsache, dass Putins Warnungen vom Dezember 2021 nicht ernst genommen wurden, spiegelt mehrere tiefsitzende Missstände in der strategischen Kultur des Westens wider:

- Erstens eine hartnäckige Tendenz zur Spiegelung – die Annahme, dass Gegner die westlichen Kosten-Nutzen-Rechnungen teilen und nichts riskieren würden, was westliche Entscheidungsträger als irrational beurteilen würden.

- Zweitens eine bürokratische und politische Anreizstruktur, in der warnende Beamte für „False Positives“ bestraft, für „False Negatives“ jedoch selten zur Rechenschaft gezogen werden.
- Drittens, und vielleicht am gefährlichsten, eine Art zivilisatorische Arroganz – die Überzeugung, dass Russland als im Niedergang begriffene Macht es nicht wagen würde, sich dem geballten Gewicht des transatlantischen Bündnisses zu stellen.

Jede dieser Pathologien ist auch heute noch wirksam. Die aktuellen Warnungen des russischen Verteidigungsministeriums bezüglich europäischer Drohnenanlagen werden durch dieselben fehlerhaften analytischen Filter geleitet, die 2021 so umfassend versagt haben.

Sollte Russland Drohnenproduktionsstätten auf NATO-Gebiet angreifen – selbst mit konventioneller Munition, selbst mit chirurgischer Präzision –, wären die Folgen verheerend. Die erste und unmittelbarste Auswirkung wäre politischer Natur: Die NATO sähe sich sofort mit der Forderung nach einer gemeinsamen Reaktion konfrontiert, mit all den damit verbundenen internen Spannungen und Spaltungen. Die an Russland angrenzenden Länder – die baltischen Staaten, Polen, Finnland – würden mobilisieren. Andere, die weiter von der Front entfernt sind, würden möglicherweise zur Vorsicht raten.

Die wirtschaftlichen Folgen wären erheblich. Die Märkte würden auf die Aussicht auf einen größeren europäischen Krieg reagieren. Die Energiepreise – die im Umfeld nach 2022 ohnehin schon strukturell erhöht sind – würden in die Höhe schnellen. Verteidigungsaktien würden steigen, da die europäischen Regierungen einem unwiderstehlichen innenpolitischen Druck ausgesetzt wären, die Aufrüstung zu beschleunigen. Das soziale Gefüge der osteuropäischen Gesellschaften, das bereits durch die jahrelange Nähe zum Konflikt in der Ukraine belastet ist, würde unter starken Druck geraten.

Grundsätzlich würde ein erfolgreicher russischer Angriff auf NATO-Gebiet ohne eine angemessene militärische Reaktion die Glaubwürdigkeit der Abschreckungskraft des Bündnisses zunichte machen. Die Botschaft an Moskau – und an jede andere revisionistische Macht, die zusieht – wäre, dass die Garantien der NATO an Bedingungen geknüpft sind, dass das Bündnis einen Angriff hinnehmen wird, anstatt eine Eskalation zu riskieren, und dass die Schwelle für eine Infragestellung der regelbasierten Ordnung niedriger ist als bisher angenommen. Die langfristigen Folgen eines solchen Glaubwürdigkeitsverlusts würden den unmittelbaren materiellen Schaden eines etwaigen Angriffs in den Schatten stellen.

Wird Amerika kommen?

Die unbequemste Frage in europäischen Sicherheitskreisen lautet heute nicht, ob Russland NATO-Gebiet angreifen könnte. Die Frage ist vielmehr, ob die USA in einem solchen Fall sofort und entschlossen reagieren würden. Ein dreiviertel Jahrhundert lang galt die Antwort darauf als selbstverständlich. Diese Annahme steht nun zum ersten Mal ernsthaft in Frage.

Die Entwicklung der strategischen Debatte in den USA seit 2016 hat Unsicherheit geschaffen, wo einst unerschütterliche Gewissheit herrschte. Stimmen innerhalb des politischen Mainstreams in den USA haben den Wert der NATO-Verpflichtungen gegenüber Mitgliedern in Frage gestellt, die die Verteidigungsausgabenziele nicht erfüllen. Die „America First“-Tradition, die in der strategischen

Kultur der USA zwar immer präsent war, aber lange Zeit dem internationalistischen Konsens untergeordnet war, ist als mächtige Kraft wieder aufgetaucht. Die europäischen Hauptstädte sehen sich gezwungen, sich mit der Möglichkeit auseinanderzusetzen, dass Artikel 5 selektiv, an Bedingungen geknüpft oder mit einer Verzögerung angewendet werden könnte, die ihn strategisch irrelevant macht.

Die Reaktion Europas war eine verspätete, aber echte Beschleunigung des Ausbaus der eigenen Verteidigungskapazitäten. Deutschlands „Zeitenwende“, Frankreichs erneute Betonung der strategischen Autonomie, der Beitritt der nordischen Länder zur NATO und die erhebliche Aufstockung der Verteidigungsausgaben im gesamten Bündnis spiegeln die wachsende Erkenntnis wider, dass die europäische Sicherheit nicht vollständig an Washington ausgelagert werden kann. Dennoch bleibt die Kluft zwischen den derzeitigen europäischen militärischen Kapazitäten und dem, was erforderlich wäre, um einen größeren konventionellen Angriff Russlands eigenständig abzuwehren oder zurückzuschlagen, gewaltig – messbar nicht in Monaten, sondern in Jahren.

In der Zwischenzeit müssen die europäischen Regierungen den gefährlichen Spagat zwischen der Abhängigkeit von einer ungewissen amerikanischen Garantie und der Unfähigkeit, für ihre eigene Verteidigung zu sorgen, meistern. Dies ist keine komfortable Position, um einem Gegner gegenüberzutreten, der sowohl den Willen als auch die Fähigkeit gezeigt hat, militärische Gewalt zur Verfolgung seiner strategischen Ziele einzusetzen.

In den westlichen Medien gibt es eine Strömung, die russische Warnungen von vornherein als lächerlich abtut – als leeres Getöse einer untergehenden Macht, deren Bluff wiederholt durchschaut wurde und deren rote Linien so oft neu gezogen wurden, dass sie bedeutungslos geworden sind. Diese Sichtweise hat einen gewissen rhetorischen Reiz. Sie ist aber auch äußerst gefährlich.

Russlands Belastbarkeit, sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht, hat die westlichen Prognosen durchweg übertroffen. Das nach 2022 verhängte Sanktionsregime, von dem ein rascher wirtschaftlicher Zusammenbruch erwartet wurde, hat stattdessen zu Anpassung, Neuausrichtung und einer Kriegswirtschaft geführt, die echte Widerstandsfähigkeit bewiesen hat. Auf die militärischen Rückschläge in den frühen Phasen des Ukraine-Konflikts, die weithin als Beweis für die militärische Inkompetenz Russlands interpretiert wurden, folgte ein zermürbender Abnutzungskrieg, der enorme Mengen an westlich geliefertem ukrainischem Material verschlungen hat.

Russlands Geduld zu verspotten – das wiederholte Verschieben roter Linien als Zeichen von Feigheit statt von Zurückhaltung zu deuten – bedeutet, die strategische Logik falsch zu interpretieren. Russland hat es stets vorgezogen, seine Ziele mit Mitteln zu erreichen, die keine direkte Konfrontation mit der NATO erfordern. Seine Toleranz gegenüber westlichen Provokationen ist jedoch nicht unbegrenzt, und der stetige Druckaufbau – Waffenlieferungen, Austausch von Geheimdienstinformationen, Wirtschaftskrieg, rhetorische Delegitimierung des russischen Staates – stellt diese Toleranz auf eine Weise auf die Probe, die schwer zu modellieren und unmöglich präzise vorherzusagen ist.

Die Geschichte der Konflikte zwischen Großmächten ist übersät mit den Trümmern von Fehleinschätzungen jener Parteien, die sich selbst davon überzeugt hatten, ihr Gegner sei zu rational, zu schwach oder zu ängstlich, um eine Eskalation zu riskieren. Die besondere Gefahr der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass westliche Selbstzufriedenheit und russische Frustration aufein-

ander treffen. Sollte Moskau zu dem Schluss kommen, dass weitere Zurückhaltung als Schwäche interpretiert und entsprechend ausgenutzt wird, könnte der Anreiz, entschlossen zu handeln – selbst unter erheblichen Risiken –, die Präferenz für Vorsicht übertrumpfen.

Die Liste des russischen Verteidigungsministeriums mit europäischen Drohnenstandorten ist in diesem Zusammenhang nicht bloß eine Propagandamaßnahme. Sie ist ein Datenpunkt in einem Muster eskalierender Signale, die der westliche Informationsmainstream aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit und kultureller Arroganz zu ignorieren beschlossen hat. Die Kosten dieser Ignoranz werden, sollte Russlands Geduld schließlich zu Ende gehen, nicht von den Kommentatoren getragen, die den Bären verspottet haben. Sie werden von den Bürgern der Länder getragen, die darauf vertraut haben, dass ihre Regierungen die Bedrohung ernst nehmen.

Das Zusammentreffen eindeutiger Signale aus Russland, interner Glaubwürdigkeitsprobleme innerhalb der NATO, strategischer Unsicherheit seitens der USA und westlicher Selbstgefälligkeit schafft ein Bedrohungsumfeld, das gefährlicher ist als jemals zuvor seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Die angemessene Reaktion ist nicht Panik, aber es ist sicherlich auch nicht die abweisende Zuversicht, die derzeit einen Großteil des westlichen Mainstreams prägt.

Um ganz ehrlich zu sein: Es ist an der Zeit, dass sich das kollektive Europa die Frage stellt, ob es wirklich in einem Krieg untergehen will, den es sich selbst zuzuschreiben hat.

Der Bär wurde provoziert und hat wiederholt und unmissverständlich gewarnt, was er tun wird, wenn die Provokationen anhalten. Die Frage ist nicht, ob diese Warnungen glaubwürdig sind. Die Frage ist, ob der Westen die nötige strategische Klarheit finden wird, um sie ernst zu nehmen, bevor die Ereignisse die Antwort liefern.